

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

34. Jahrgang

Berlin, den 23. Juni 1967

Nummer 25

Die internationale und die westdeutsche Wirtschaftslage Mitte Juni 1967

Die internationale Situation

Der Nahost-Konflikt hat das konjunkturelle Klima in der Wirtschaft der westlichen Welt nicht einschneidend verändert. Es ist weiterhin damit zu rechnen, daß die Weltwirtschaft in diesem Jahr auf einem flacheren Wachstumspfad expandiert als im Vorjahr.

In den *Vereinigten Staaten von Amerika* ist die wirtschaftliche Entwicklung gegenwärtig durch einen gespaltenen Konjunkturverlauf gekennzeichnet. Während die öffentliche Nachfrage unter dem Einfluß des Vietnam-Krieges nach wie vor stark expandiert, sind im privaten Bereich konjunkturelle Schwächetendenzen zu erkennen. Entscheidend hierfür ist die Investitionsentwicklung. Sowohl die privaten Anlage- als auch die Lagerinvestitionen gehen in der ersten Hälfte dieses Jahres zurück. Für das zweite Halbjahr ist allenfalls mit einer leichten Investitionsbelebung zu rechnen.

Diese konjunkturelle Entwicklung hat erhebliche Konsequenzen für die Haushaltsgestaltung der öffentlichen Hand: Die Einnahmen nehmen nur noch wenig zu. Der gesamte öffentliche Haushalt weist deshalb wieder ein Defizit auf, das schon im ersten Quartal rund 9 Mrd. \$ betragen hat.

Die amerikanische Regierung plant nach wie vor, diesem Defizitdruck durch die Erhöhung der Einkommensteuer zu begegnen. Angesichts der unbefriedigenden konjunkturellen Entwicklung im privaten Sektor wäre jedoch damit zu rechnen, daß die ohnehin schwache private Nachfrage durch Steuererhöhungen weiter gedämpft und damit die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen erneut abgeschwächt würde. Eine Verminderung des Haushaltsdefizits wäre unter diesen Umständen kaum zu erwarten. Die amerikanische Regierung müßte vielmehr die private Nachfrage stärker als bisher an-

regen, um das erwünschte Wachstum der Steuereinnahmen zu erreichen. Sie steht damit vor dem gleichen Problem wie die deutsche Bundesregierung, nur, daß in den USA, anders als in der Bundesrepublik, die Gefahr erneuter Preissteigerungen als Folge beschleunigter Lohnsatzerhöhungen gegeben ist. Die Zurückhaltung der amerikanischen Regierung erscheint daher eher verständlich.

In *Großbritannien* setzen sich die expansiven Kräfte nicht in dem Maße durch, wie zunächst zu erwarten war. Unterschiedliche Vorausschätzungen des britischen Wirtschaftswachstums im Jahre 1967 verdeutlichen die Unsicherheit in der gegenwärtigen konjunkturellen Phase. Nach Schätzungen des National Institute of Economic and Social Research ist für dieses Jahr mit einem Sozialproduktwachstum von real etwa 2 vH, mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosenzahl und mit einem geringeren Zahlungsbilanzüberschuß zu rechnen, als zunächst prognostiziert worden war. Träfen diese Schätzungen zu, so würde Großbritannien auch in diesem Jahr das Opfer einer erheblichen Unterauslastung seines Produktionspotentials für eine — unzureichende — Konsolidierung seiner Zahlungsbilanz bringen. Die britische Regierung ist jedoch von der offiziellen Schätzung bis jetzt nicht abgegangen, nach der in diesem Jahr ein Sozialproduktwachstum von 3 vH ohne weitere Erhöhung der Arbeitslosenzahl und ein Zahlungsbilanzüberschuß gleichzeitig zu erreichen wären. Die internationale Entwicklung, die sich jetzt schon negativ auf das Wachstum der britischen Exporte auswirkt, scheint indes die Prognose des National Institute zu bestätigen.

In *Frankreich* sind die offiziellen Schätzungen für das Wachstum des realen Brutto sozialprodukts im Jahre 1967 zwar nach unten revidiert worden. Dennoch erscheint auch diese revidierte Schätzung, nach

der das Sozialprodukt 1967 um knapp 5 vH zu nehmen wird, zu optimistisch. Die gegenwärtige konjunkturelle Situation gibt keinen Anlaß zu der Hoffnung auf eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Aktivität im Verlauf dieses Jahres, die die Wachstumsverlangsamung in der ersten Jahreshälfte wettmachen könnte. Die Industrieproduktion stagniert, und die Absatzerwartungen der Unternehmer sind eher pessimistischer geworden. Nach der Aussetzung der fiskalischen Erleichterungen für Investitionsgüterkäufe und bei anhaltender Schwäche des Absatzes von Konsumgütern im Inland sowie der Verlangsamung in der Zunahme des Exports muß damit gerechnet werden, daß die Investitionsbereitschaft der Unternehmer gedämpft wird.

Die Auswirkungen der neuerlichen Konjunkturabschwächung auf die Beschäftigung machen sich jetzt deutlicher bemerkbar. Die Zahl der Arbeitslosen steigt weiter an, und die der offenen Stellen nimmt ab. Die Regierung, die sich seit Jahren sehr nachdrücklich mit dem Argument des sicheren Arbeitsplatzes für eine Verlangsamung des Lohnanstiegs eingesetzt hat, ist sich der Gefahren bewußt, die eine ernstere Arbeitslosigkeit mit sich bringen würde. Trotzdem sind die Maßnahmen, die zur Konjunkturanregung ergriffen werden sollen, nur vorsichtige Schritte einer expansiven Politik. Man will „außerplanmäßig“ die gesetzlichen Mindestlöhne in der Industrie aufbessern, die Altersrenten etwas erhöhen und die Konsumentenkreditbedingungen erleichtern. Außerdem sind weitere Kreditvergünstigungen zur Exportförderung und eine Stützung des Baumarktes geplant. Die öffentlichen Investitionsvorhaben sollen beschleunigt durchgeführt werden. Mit den beabsichtigten Maßnahmen bleibt die Regierung der bisherigen Linie einer Wirtschaftspolitik treu, die alles zu vermeiden sucht, was zur Unterstützung von Preisauftriebstendenzen beitragen könnte. Ausnahmen bilden hierbei allerdings die — unumgänglich gewordenen — Tarifierhöhungen bei öffentlichen Betrieben, die zum Teil erhebliche kosten- und preissteigernde Wirkungen haben werden.

In *Italien* mehren sich die Anzeichen einer erneuten konjunkturellen Anspannung. Einerseits fördert zwar die Nachfrageentwicklung bei wachsender Kapazitätsauslastung die Produktivitätsentwicklung in fast allen Bereichen, neuerdings auch in der Investitionsgüterindustrie. Andererseits nehmen aber die Kosten gegenwärtig noch schneller als die Produktivität zu. Hierfür sind nicht nur Steuererhöhungen und die „Defiskalisierung“ der Soziallasten verantwortlich, sondern in jüngster Zeit auch erhebliche Lohnsteigerungen in zahlreichen Branchen. Diese konnten durchgesetzt werden, obwohl die Arbeitslosenziffer nur langsam sinkt. Als Reaktion auf den Stückkostenauftrieb haben die Unternehmer nach mehr als einjähriger Preisruhe begonnen, ihre Preise anzuheben, um

einer Einengung ihrer Gewinnspanne entgegenzuwirken. Im Jahre 1966 konnte die Selbstfinanzierungsquote bei den Investitionen noch leicht erhöht werden. Im laufenden Jahr ist jedoch bei kräftiger Belebung der Investitionstätigkeit mit einem Rückgang der Quote und einer stärkeren Verschuldung der Unternehmen zu rechnen. Angesichts der aktienfeindlichen Neugestaltung der Kuponsteuer sowie der Tendenz des Staates, durch Erwerb von Industrieaktien die Eigentumsverhältnisse zu verändern, bedienen sich die Unternehmer überwiegend des Obligationenmarktes. Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß dadurch langfristig die Investitionsfreudigkeit der privaten Unternehmen gedämpft wird.

Die Lage in Westdeutschland

Von Monat zu Monat wird deutlicher, daß die Regierung der Bundesrepublik große Schwierigkeiten hat, den konjunkturellen Problemen mit den geeigneten Mitteln in der erforderlichen Größenordnung zu begegnen. Die Sorge um die zu erwartenden Defizite der öffentlichen Haushalte lähmt die konjunkturpolitische Aktivität in verhängnisvoller Weise. Mehr noch: Der Finanzminister hat für 1968 sogar Steuererhöhungen und eine Verminderung der ursprünglich geplanten Ausgabenexpansion angekündigt; ferner ist eine Heraufsetzung der Sozialversicherungsbeiträge vorgesehen. Daß der hinter diesen Plänen stehende Zweck im nächsten Jahr erreicht werden könnte, ist schon deshalb illusorisch, weil allein der Ankündigungseffekt die private Ausgabenneigung jetzt nur dämpft. Die gegenwärtige Situation wird somit verschärft, ein neuer Aufschwung weiter verzögert und den eigenen Plänen gleichzeitig jede Basis entzogen.

Eine deflatorisch wirkende Einnahmen- und Ausgabenpolitik des Staates könnte sich — abgesehen von rein fiskalischen Argumenten — allenfalls auf die Erwartung gründen, daß die Wirtschaft spätestens Anfang 1968 im Zeichen eines nachhaltigen Aufschwungs stehen werde. Nichts spricht indes für einen solchen Optimismus. Die saisonbereinigten Indizes der Industrieproduktion und der inländischen Auftragseingänge haben sich zwar von Februar bis April nicht mehr vermindert, sondern sogar etwas erhöht. Längerfristige Reihen dieser Indizes, insbesondere die der Auftragseingänge, lassen aber häufig Schwankungen um den Trend erkennen; schon deshalb kann von der erwähnten Erhöhung nicht ohne weiteres auf das Ende der Abschwungstendenz oder gar auf eine Belebung geschlossen werden. Ein konjunktureller Tendenzwandel kann heute um so weniger unterstellt werden, als die tatsächliche und die aufgrund der Auftragslage zu erwartende Kapazitätsauslastung der meisten Industriezweige eher zu kontinuierlichen Kürzungen der Investitionspläne als zur Aufstockung Anlaß gibt¹⁾.

¹⁾ Vgl. Wochenbericht Nr. 24/1967.

Wo die Vermutung besteht, die Rezession habe jetzt ihren Tiefpunkt erreicht und werde noch in diesem Jahre einer anhaltenden Belebung Platz machen, beruht sie wohl nur auf dem Glauben an die Existenz eines regelmäßigen Wachstumszyklus: In der Bundesrepublik hatte es bisher niemals einen Rückgang des Sozialprodukts gegeben, sondern nur Schwankungen der Wachstumsrate. In allen Phasen rückläufiger Investitionstätigkeit der Unternehmen haben einzelne oder mehrere Sektoren (private Haushalte, Ausland, Staat) die Gesamtnachfrage so weit gestützt, daß eine grundlegende Schwächung der privaten Investitionsneigung und ein Abgleiten in eine Depression vermieden worden sind.

Diese Erfahrungen scheinen die These zu bestätigen, daß gleichsam „automatische“ Konjunktur-stabilisatoren (built-in-stabilizers) der Entstehung einer länger anhaltenden Rezession entscheidend entgegenwirken: Die Beschäftigung und die Arbeits-einkommen pflegen erheblich langsamer nachzu-geben als die private Investitionstätigkeit; da infolgedessen die Expansion des privaten Ver-brauchs relativ langsam nachläßt, wird die Ab-schwächung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums gemildert. Der Außenwirtschaftssektor gilt insoweit als Stabilisator, als die Unternehmen bei einer Ver-schlechterung der inländischen Absatzlage auf Exportmärkte ausweichen und die Güternachfrage auf den Importmärkten zugunsten ihrer Nachfrage auf den Inlandsmärkten einschränken. Die stabili-sierende Funktion des Staatshaushaltes wird darin gesehen, daß die Ausgaben den konjunkturell rück-läufigen Einnahmen nicht angepaßt, sondern weiter in dem bisherigen Tempo erhöht werden.

Diese Stabilisatoren wirken indessen keineswegs „automatisch“; sie werden versagen, wenn die private Wirtschaft, das Ausland, der Staat sich nicht in dem beschriebenen Sinne verhalten können oder wollen. Diese Gefahr scheint jetzt heraufbeschworen zu werden:

Viele Unternehmen entlassen nicht nur seit geraumer Zeit zahlreiche Arbeitskräfte, sondern kürzen außerdem übertarifliche Zahlungen, um dem anhaltenden Druck auf ihre Rentabilität auszu-weichen. Ein solches Verhalten kann für die Unter-nehmen in ihrer Gesamtheit kaum den erwünschten Effekt haben, da die Verminderung der Löhne zu einer Einschränkung der Verbrauchernachfrage und zu einer weiteren Verringerung der Kapazitäts-auslastung führt. Sicher können die verbrauchs-fernen Produzenten ad hoc eine gewisse Rentabili-tätsverbesserung erzielen; aber über kurz oder lang muß die Schrumpfung des Verbrauchsgüterabsatzes auch den Absatz der Unternehmen in den vor-gelagerten Stufen beeinträchtigen.

Ferner scheint die Funktionsfähigkeit des außen-wirtschaftlichen Ventils allmählich insofern nach-zulassen, als der Rückgang der deutschen Einfuhren nun auch beginnt, indirekt die deutschen Ausfuhren

zu gefährden. Jedenfalls sind wichtige Handels-partner der Bundesrepublik, vor allem die Nieder-lande, Frankreich und Großbritannien, nicht zuletzt mit Rücksicht auf ihre verschlechterte Export-entwicklung gezwungen, eine Abschwächung ihrer Konjunktur zuzulassen; dies wird sich auch auf ihre Nachfrage nach deutschen Erzeugnissen dämpfend auswirken.

Eine auch im kommenden Jahre anhaltende Rezession kann heute nur noch durch verstärkte staatliche Aktivität verhindert werden: Neben eine den privaten Verbrauch kräftig anregende Steuer-senkung hat die Steigerung der Investitionsausga-ben um einen Betrag zu treten, der die bisher dis-kutierten Größenordnungen eines zweiten Investi-tionshaushaltes (1 bis 2 Mrd. DM) um das Mehr-fache übersteigt. Dem Abbau der Läger, der zum Teil im Hinblick auf die am 1. 1. 1968 in Kraft tre-tende Netto-Umsatzsteuer von der Wirtschaft vor-genommen wird, sollte die Bundesregierung durch eine großzügige steuerliche Entlastung der Altvor-räte entgegenwirken. Daß statt weiterer notwen-diger Anregungen für 1968 fiskalpolitische Maßnah-men erwogen werden, die eindeutig prozyklischen Charakter tragen, ist geradezu absurd. Ein mög-liches Sozialprodukt in der Größenordnung von jährlich mindestens 30 Mrd. DM und die Beschäfti-gung von annähernd einer Million Menschen wer-den — so ist zu befürchten — einem formalistischen Prinzip geopfert: dem Prinzip der kameralistischen Buchführung. In diesem Denkschema gilt staatliche Verschuldung grundsätzlich als unsolide. Seine Ein-seitigkeit wird sofort offenbar, beurteilt man die Staatsverschuldung im Rahmen einer Vermögen-sbilanz: Von Ende 1949 bis Ende 1966 ist zwar die Verschuldung der öffentlichen Hand in der Bundes-republik um 55 Mrd. DM gestiegen. Dem steht aber eine gleichzeitige Zunahme der Forderungen des Staates an die anderen Sektoren (insbesondere Wohnungsbau) um 100 Mrd. DM gegenüber. Die öffentliche Hand hat sich also in der Bundesrepublik *per Saldo* keineswegs verschuldet, sondern vielmehr ein beträchtliches Geldvermögen (45 Mrd. DM) gebildet. Überdies konnte sie ihr — zum großen Teil produktives — Sachvermögen um fast 140 Mrd. DM anreichern.

Eine „staatliche Selbstfinanzierung“ dieses Um-fangs sucht in der westlichen Welt bis heute ihres- gleichen — zumindest in den nach neuzeitlichen Grundsätzen geleiteten Volkswirtschaften, wo die Regierung bemüht ist, die Konkurrenzfähigkeit der eigenen Wirtschaft durch die Tolerierung einer hohen Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen zu sichern. Eine stark expandierende Staatsver-schuldung würde in der Bundesrepublik die Finan-zierungsstruktur der gewerblichen Wirtschaft ver-bessern. Überdies ist eine kräftig zunehmende Staatsverschuldung eine unentbehrliche Voraus-setzung dafür, daß die in der Bundesrepublik seit langem erhobene Forderung nach stärkerer privater Vermögensbildung nicht nur ein Lippenbekenntnis bleibt.

Der sowjetische Wohnungsbau auf dem Lande

Zu Beginn dieses Jahres hatte das DIW über den Wohnungsbau in den Städten der UdSSR berichtet¹⁾. Dieser Untersuchung folgt nun eine Analyse des Wohnungsbaus in ländlichen Gebieten. Sie schließt mit einer vergleichenden Betrachtung der Wohnverhältnisse in Stadt und Land.

Auf dem Lande — d. h. nach sowjetischer Abgrenzung in Siedlungen mit weniger als 1000 Einwohnern — leben gegenwärtig rund 46 vH der sowjetischen Bevölkerung²⁾. Die größte Gruppe der ländlichen Wohnbevölkerung, die Kolchosbauern mit ihren Familien, stellen mehr als die Hälfte aller Landbewohner. Der Rest verteilt sich auf Arbeiter und Angestellte der Staatsgüter (Sowchose), Angehörige der „ländlichen Intelligenz“ (Landärzte, Dorfschullehrer, Agronomen) und auf Beschäftigte anderer Wirtschaftszweige sowie Rentner, die ihren Wohnsitz auf dem Lande haben. Die Ausstattung mit Wohnraum differiert zwischen den einzelnen Gruppen quantitativ wie qualitativ.

Kolchosbauern und „ländliche Intelligenz“

Die Angehörigen der Kolchosbauernschaft und der „ländlichen Intelligenz“ — die wohnungsstatistischen Daten werden stets für beide Gruppen gemeinsam ausgewiesen — leben fast ausschließlich in eigenen Einfamilienhäusern. Diese Häuser werden aus Ersparnissen — häufig auch durch Aufnahme von Krediten — finanziert. Daneben spielen eigene Mitarbeit und nachbarliche Hilfe bei der Errichtung dieser Häuser meist eine entscheidende Rolle. Die Kolchosa selbst können dabei Hilfe und Unterstützung geben, indem sie Baumaterial beschaffen, Arbeitskräfte freistellen oder Kredite gewähren. Wohlhabende Kolchosa übernehmen sogar zuweilen die gesamte Finanzierung von Wohnhäusern; die Kredite sind dann von den Eigentümern innerhalb von 10 bis 20 Jahren an den Kolchos zurückzuzahlen.

Seit Bestehen des Sowjetstaates sind in den Kolchosen bzw. in den später zu Kolchosen zusammengeschlossenen Dörfern insgesamt rund 20 Mill. Häuser gebaut worden³⁾. Eine Aufteilung der Bautätigkeit nach Zeitschnitten von jeweils rund 10 Jahren ergibt eine sehr gleichmäßige Ver-

Der sowjetische Wohnungsbau in Stadt und Land 1918—1965

	Wohnungsbau der Kolchosa		Übriger Wohnungsbau Stadt u. Land (o. Kolch.)	
	Mill. Häuser	in vH	Mill. qm	in vH
1918—1965	20,2	100,0	1190,9	100,0
davon				
1918—1928	5,2	25,7	42,9	3,6
1929—1945	4,5	22,3	172,7	14,5
1946—1955	5,0	24,8	254,6	21,4
1956—1965	5,5	27,2	720,7	60,5

Quelle: Narodnoe Chozjajstvo SSSR 1965, S. 609.

teilung des Zugangs an Wohnhäusern. Dies gilt nicht für die Jahre von 1929 bis 1945, als die sowjetischen Dörfer infolge der erzwungenen und überstürzten Kollektivierung und später durch die Auswirkungen des Krieges schweren Belastungen ausgesetzt waren, die sich zwangsläufig nachteilig auf den Wohnhausbau ausgewirkt haben. Diese Stagnation der Kolchosbautätigkeit steht in scharfem Kontrast zu der Entwicklung des übrigen Wohnungsbaus, der in der gleichen Zeit stark zugenommen hat. Die staatliche Wohnungsbaupolitik nach Erlaß des grundlegenden Partei- und Regierungsbeschlusses von 1957 zur Beseitigung der Wohnungsnot⁴⁾ hat im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbau außerhalb der Kolchosa in den letzten zehn Jahren eine ungewöhnlich dynamische Entwicklung eingeleitet, die aber nicht auf den Kolchoswohnungsbau übergreifen hat.

Zwar hatten die Kolchosa geplant, in der Zeit von 1959 bis 1965 insgesamt 7 Mill. Häuser, jährlich also etwa 1 Million, zu bauen. Dieses Ziel wurde aber nicht annähernd erreicht: Statt der geforderten 7 Millionen sind in dieser Zeit nur 3,5 Mill. Häuser, also die Hälfte, fertiggestellt worden. Zudem verringerte sich der Zugang von Jahr zu Jahr beträchtlich: 1959 waren immerhin 802 000 Häuser gebaut worden, 1965 nur noch 350 000. Erst im Jahre 1966

¹⁾ Vgl. „Der sowjetische Wohnungsbau“, Wochenbericht Nr. 2/1967.

²⁾ Narodnoe Chozjajstvo SSSR 1965, S. 7.

³⁾ Nar. Choz. SSSR 1965, S. 609.

⁴⁾ Beschluß vom 31. 7. 1957: „Über die Entwicklung des Wohnungsbaus in der UdSSR“.

Der sowjetische Wohnungsbau in Stadt und Land 1959—1965

	Einheit	1959	1960	1961	1962	1963	1964	1965
Wohnungsbau insges. (einschl. Kolchosa) . . .	in 1000 Einh.	2 711	2 591	2 435	2 383	2 322	2 184	2 197
davon								
in der Stadt	„	1 404	1 401	1 353	1 419	1 412	1 383	1 418
auf dem Lande	„	1 307	1 190	1 082	964	910	801	779
darunter Kolchosa	„	802	618	500	432	401	383	350
Wohnungsbau insges. (einschl. Kolchosa) . . .	je 1000 Einwohner	13,0	12,2	11,3	10,8	10,4	9,6	9,6
davon								
in der Stadt	„	14,0	13,5	12,5	12,7	12,3	11,7	11,7
auf dem Lande	„	12,0	10,9	10,1	8,9	8,4	7,4	7,2
Neuzugang an Wohnfläche insges. (o. Kolchosa) .	in Mill. qm	80,7	82,8	80,2	80,5	79,3	75,1	79,2
davon								
in der Stadt	„	59,4	59,0	56,1	58,9	58,4	57,5	60,6
auf dem Lande	„	21,3	23,8	24,1	21,6	20,9	17,6	18,6
Anteil des privaten Wohnungsbaus in vH der gesamten Wohnfläche (ohne Kolchosa) . . .	in vH	33,7	32,6	29,4	25,7	21,9	21,6	20,3
davon								
in der Stadt	„	25,9	24,4	22,1	19,4	16,8	16,0	13,2
auf dem Lande	„	55,4	52,9	46,5	43,1	36,4	39,8	43,5

Quelle: Nar. Choz. SSSR 1965, S. 610/611.

nahm die Zahl der Neubauten wieder geringfügig zu (370 000).

Die langfristige Stagnation des Kolchoswohnungsbaus und sein auffallendes Zurückbleiben gegenüber dem übrigen — vor allem dem städtischen — Wohnungsbau ist allerdings im Zusammenhang mit den Veränderungen der Bevölkerungszahl in Stadt und Land und dem wechselnden Anteil der Kolchosbauernschaft an der Landbevölkerung zu sehen. Von 1950 bis 1966 (jeweils Jahresanfang) hat die städtische Bevölkerung um 55 Mill. zugenommen, während die Zahl der Landbewohner in der gleichen Zeit um 2 Mill. zurückgegangen ist. Dadurch stand der Wohnungsmarkt in den Städten ständig unter einem starken Nachfragedruck, der die Bautätigkeit zu rascher Expansion zwang. Dieses Stimulans fehlte auf dem Lande völlig. Zu bedenken ist überdies, daß die Wohnansprüche der bäuerlichen Bevölkerung leichter zu befriedigen sind als die der städtischen Arbeiter und Angestellten; entsprechend der alten bäuerlichen Tradition werden sie es oft als selbstverständlich empfinden, daß mehrere Generationen einer Familie unter einem Dach zusammenwohnen.

Übrige ländliche Wohnbevölkerung

Alle Landbewohner, die nicht zur Kolchosbauernschaft gehören, sind wohnungsrechtlich der Stadtbevölkerung gleichgestellt: Sie haben — wie die Städter — Zugang zum staatlich finanzierten und staatseigenen Wohnungsbestand, sie können einer Wohnungsbaugenossenschaft beitreten, und sie können mit eigenen Mitteln und mithilfe staatlicher Kredite ein Eigenheim errichten. Obwohl die staatliche und genossenschaftliche Bautätigkeit in den Städten weitaus schneller vorangetrieben wird als auf dem Lande, ist daraus nicht ohne weiteres auf eine anhaltende Benachteiligung der ländlichen Wohnbevölkerung zu schließen. Zwar ist der Zugang von Neubauwohnungen je 1000 Einwohner in den Landgebieten merklich niedriger als in den Städten; aber die Chance, bei der Zuteilung von Neubauwohnungen berücksichtigt zu werden, war angesichts der anhaltenden Wanderungsbewegung auf dem Lande eher größer als in der Stadt. In der Zeit von 1959 bis 1965 stand einem Zugang von 9,79 Mill. Wohnungen in der Stadt ein Wachstum der städtischen Bevölkerung um 24,8 Mill. Menschen gegenüber. Auf dem Lande wurden in der gleichen

Zeit 7,03 Mill. Wohnungen gebaut bei einer Bevölkerungsabnahme von 1,7 Mill. Menschen.

Ein zweiter Unterschied in den ländlichen und städtischen Wohnbedingungen liegt in der Eigentumsstruktur. Während der private Anteil am Zugang von Wohnraum in den Städten seit 1959 stark abgenommen hat, konnte er in den Landgebieten nach zeitweiligem Rückgang gerade in den letzten zwei Jahren wieder beträchtlich aufholen. Dabei dürfte die erwähnte geringe Förderung der Landgebiete im Rahmen des staatlichen Wohnungsbaus ebenso eine Rolle gespielt haben wie die Tatsache, daß die Zuweisung von Baugrundstücken auf dem Lande naturgemäß leichter zu erreichen ist als in der Stadt⁵⁾.

Für das Jahr 1965 ergeben sich folgende Anteile des Privateigentums am Bruttozugang von Wohnraum⁶⁾ (in vH der jeweiligen Wohnfläche):

Kolchosbauern	100
Übrige Landbevölkerung	43
Stadtbevölkerung	13

Wohnungsbestand und Wohnungsausstattung

Bestandszahlen hat die Sowjetunion bisher nur für den städtischen Wohnraum veröffentlicht; für die Landgebiete ist weder die Zahl der vorhandenen Wohnhäuser noch die Wohnfläche bekannt. Aus sowjetischen Kommentaren ist lediglich zu ersehen, daß die Wohnraumversorgung der Landbevölkerung noch wesentlich schlechter sein muß als die der Städter. Nach letzten Schätzungen soll die gesamte Wohnfläche auf dem Lande zu Beginn des Jahres 1959 430 Mill. qm bei einer Landbevölkerung von damals 108,8 Millionen betragen haben⁷⁾.

Seitdem wurden bis zum 1. Januar 1966 im staatlichen, genossenschaftlichen und privaten Wohnungsbau (ohne Kolchose) nach amtlichen Angaben auf dem Lande 148 Mill. qm neuen Wohnraumes errichtet. Hinzu kommen 3,51 Mill. Kolchoswohnhäuser, über deren Durchschnittsgröße nichts bekannt ist. Angenommen, die Durchschnittsgröße dieser Häuser sei 20 qm (Variante I), 30 qm (Variante II) oder 40 qm (Variante III), so ergibt sich nach Berücksichtigung der Abrißquote⁸⁾ zum Stichtag ein ländlicher Wohnraumbestand von jeweils 575 bis 645 Mill. qm. Dabei wird die tatsächliche Durchschnittsgröße der neuzugegangenen Kolchoshäuser wohl eher zwischen 30 bis 40 qm liegen als zwischen 20 bis 30 qm. Für die Landbevölkerung errechnet sich somit eine Quote von 5,7 bis 6,0 qm Wohnraum je Kopf. Die durchschnittliche Wohnversorgung auf dem Lande ist mithin von knapp 4 qm je Einwohner im Jahre 1959 auf knapp 6 qm Anfang 1966 gestiegen, sie hat sich somit um die Hälfte erhöht. In der gleichen Zeit ist der durchschnittliche Wohnungsbestand in der Stadt von 8,3 qm Anfang 1959 auf 9,9 qm je Einwohner zu Beginn des Jahres 1966 gestiegen. Obwohl also das Volumen des Wohnungsbaus auf dem Lande seit 1959 absolut beträchtlich gesunken ist, hat sich der Abstand zwischen der ländlichen und städtischen Wohnversorgung merklich verringert. Während einem

Wohnungsbestand in der UdSSR nach Stadt und Land 1959—1966 in Mill. qm

	Stadt	Land		
		I	II	III
Bestand 1. 1. 1959	832,0	430,0	430,0	430,0
Neubauzugang 1959—1965	+409,9	¹⁾ 218,1	¹⁾ 253,2	¹⁾ 288,3
	1241,9	648,1	683,2	718,3
Umwandlung von ländlichen in städt. Wohnbestand ²⁾ 1959—1965 ..	+ 48,0	— 48,0	— 48,0	— 48,0
	1289,9	600,1	635,2	670,3
Abriß	— 51,7	³⁾ —26,6	³⁾ —26,6	³⁾ —26,6
Bestand 1. 1. 1966	1238,2	573,5	608,6	643,7
Bestand je Einwohner in qm	9,9	5,4	5,7	6,0

¹⁾ Einschl. Kolchoswohnhäuser; Variante I = 20 qm je Haus, Variante II = 30 qm u. Variante III = 40 qm. — ²⁾ Durch Eingemeindungen. — ³⁾ Geschätzt entsprechend der städtischen Abrißquote.
 Quellen: Nar. Choz. SSSR 1965, S. 610, 615, 616; — Oktjabr, Nr. 3/1960, S. 140.

⁵⁾ Der gesamte Grund und Boden der UdSSR ist unveräußerliches Staatseigentum. Private Bauherren können keine Grundstücke kaufen; sie müssen die Zuteilung von Baugelände beantragen, das ihnen — bei Bewilligung — zur persönlichen Nutzung überlassen wird.

⁶⁾ Berechnet nach Nar. Choz. 1965, S. 610.

⁷⁾ Oktjabr Nr. 3/1960, S. 140 ff.

⁸⁾ Sie wurde in gleicher Höhe angesetzt wie die städtische Abrißquote.

Verteilung der Wohnbevölkerung in der UdSSR
in Millionen

	1950	1955	1958	1960	1963	1966
Ges. Bevölkerung .	178,5	194,4	204,9	212,3	223,2	231,9
davon						
Stadtbevölkerung	69,4	86,3	95,6	103,8	115,1	124,8
Landbevölkerung	109,1	108,1	109,3	108,5	108,1	107,1
Kolchosbauern .	20,5	19,8	18,8	17,1	16,1	15,4

¹⁾ 1965.
Quelle: Nar. Choz. 1965. S. 7, 405.

sowjetischen Bürger Anfang 1959 auf dem Lande im Durchschnitt 47 vH der städtischen Wohnfläche zur Verfügung stand, waren es zu Beginn des Jahres 1966 58 bis 61 vH.

Über die Ausstattung sowjetischer Landwohnungen gibt es kaum Informationen. Unbekannt ist, wie groß der Anteil der Häuser bzw. Wohnungen auf dem Lande ist, die über elektrisches Licht, fließendes Wasser, Kanalisation und Gasanschluß verfügt. Auch die Planangaben für den Ausbau der kommunalen Dienstleistungssysteme lassen kaum Rückschlüsse auf den gegenwärtigen Versorgungsstand zu. Im Fünfjahresplan ist vorgesehen, daß bis Ende 1970 jede vierte Wohnung auf dem Lande Gasanschluß haben und daß der ländlichen Bevölkerung 1970 die dreifache Menge an Elektroenergie zur Verfügung stehen soll wie 1965⁹⁾.

Es bestanden darüber hinaus weitreichende Pläne, die eine völlige bauliche Umgestaltung des Dorfes durch Errichtung von mehrstöckigen Wohnhäusern zur gleichzeitigen Unterbringung mehrerer Familien vorsahen. Diese Häuser sollten um ein markantes Zentrum, bestehend aus Schule, Klubhaus und anderen Gemeinschaftseinrichtungen, gruppiert werden, um die Versorgung der Wohnungen mit kommunalen Dienstleistungen zu erleichtern. Für diese Siedlungsform hatte Chruschtschow den Namen „Agrostadt“ geprägt. Wenn auch diese Bezeichnung im sowjetischen Sprachgebrauch bald wieder aufgegeben wurde, scheint die dahinterstehende Idee doch als Fernziel weiterzubestehen. Verwirklicht wurde sie bisher nur in Einzelfällen, z. B. als Mustersiedlung für die Beschäftigten eines Staatsgutes.

Unter den Planzielen für die ländliche Bautätigkeit bis 1970 ist eine Änderung der bisherigen Wohnweise und Siedlungsform nicht genannt —

nicht einmal eine Zunahme des Bautempos. Zwar erklärte Breschnew in seiner Rede zum Entwurf des laufenden Fünfjahresplans: „Das Zentralkomitee der KPdSU ist der Ansicht, daß der Rückstand in der Bautätigkeit auf dem Lande nicht länger hingenommen werden kann“¹⁰⁾, aber der beabsichtigte Umfang der Neubauten hält sich in gewohntem Rahmen: 2 bis 2,5 Mill. Wohnhäuser sollen zwischen 1966 und 1970 von der Bevölkerung und den Kolchosen auf dem Lande gebaut werden, also in fünf Jahren knapp halb so viele wie in den vorangegangenen zehn Jahren¹¹⁾. Ähnlich ist das Bild beim staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau, dessen Planziele für den ländlichen Wohnungsbau allerdings bisher nur für ein Jahr fixiert sind. Danach sollen 1967 auf dem Lande in diesem Bereich insgesamt 11 Mill. qm Wohnfläche entstehen¹²⁾, etwas weniger als in den vorangegangenen Jahren, in denen die durchschnittliche Bauleistung 11,4 Mill. qm betragen hatte.

Zusammenfassend lassen sich die Unterschiede der sowjetischen Wohnungsversorgung auf dem Lande im Vergleich zu den städtischen Verhältnissen wie folgt charakterisieren:

1. Das ländliche Wohnungsbauvolumen — gemessen an der Zahl der erstellten Wohnungen — war 1959 noch nahezu ebenso groß wie der städtische Wohnungsbau. Es ist inzwischen jedoch ständig zurückgegangen.

2. Der Bestand an Wohnfläche auf dem Lande ist dennoch von 430 Mill. qm (Anfang 1959) auf knapp 650 Mill. qm (Anfang 1966) gestiegen.

3. Die je Einwohner zur Verfügung stehende Wohnfläche konnte seit 1959 von dem — allerdings extrem niedrigen — Stand von 4 qm je Einwohner auf rund 6 qm je Einwohner zu Beginn des Jahres 1966 erhöht werden. Im Vergleich zur städtischen Wohnungsversorgung ist der quantitative und qualitative Abstand noch immer bedeutend; er konnte jedoch in den letzten Jahren merklich verringert werden.

4. In den Landgebieten hat der private Wohnungsbau und -besitz eine weit stärkere Bedeutung als in den Städten und städtischen Siedlungen.

⁹⁾ Trud vom 31. 8. 1966.

¹⁰⁾ Pravda vom 30. 3. 1966.

¹¹⁾ Pravda vom 6. 4. 1966.

¹²⁾ Ekonomičeskaja Gazeta Nr. 51/1966.